

UMSCHAU

Projekt Ökumenisches Sozialwort in Österreich

1990 führte in Österreich ein mehrjähriger Diskussionsprozeß zum „Sozialhirtenbrief“ der katholischen Bischöfe. 1997 haben die evangelische und die katholische Kirche Deutschlands ein „Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ veröffentlicht – ebenfalls auf Grundlage einer öffentlichen Diskussion im Vorfeld. Am 1. September 2001 schließlich wird das Schweizer „Sozialwort“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Auch in der Schweiz gab es einen mehrjährigen Konsultations- und Diskussionsprozeß, der diesem Dokument vorausgegangen ist.

Kurz darauf, am 12. September 2001, folgt in Österreich die Präsentation des „Sozialberichts“ im Rahmen des ökumenischen „Projekts Sozialwort“. Elf Jahre nach dem „Sozialhirtenbrief“ der katholischen Bischöfe bereiten in Österreich nunmehr 14 christliche Kirchen ein „Sozialwort“ als gemeinsame Stellungnahme zu den sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor.

Neben der charakteristischen Art, solche Dokumente zu erstellen, nämlich in Form einer öffentlichen Diskussion (erstmalig in den 80er Jahren in den USA), hat es eine deutliche Entwicklung in Richtung ökumenischer Vorgehensweise gegeben. Gab es in Deutschland und in der Schweiz noch eine „bilaterale Zusammenarbeit“ zwischen den Kirchen (evangelisch – katholisch), so ist das „Projekt Sozialwort“ in Österreich (www.sozialwort.at) ein Novum. Erstmals wollen reformierte Kirchen, die römisch-katholische Kirche (westliche Tradition) gemeinsam mit den orthodoxen und altorientalischen Kirchen (östliche Tradition) ein Sozialdokument als gemeinsame Stellungnahme zu den sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen erstellen.

Das Projekt Sozialwort geht zurück auf ein Votum im Rahmen der Delegiertenversammlung in Salzburg anlässlich des „Dialogs für Österreich“, das in der Folge der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich aufgegriffen hat, der

dann die „ksoe“ (Katholische Sozialakademie Österreichs) mit der Durchführung beauftragt hat. Die erste Phase begann im September 2000 mit einer „Standortbestimmung“ in den Kirchen. Eine besondere Akzentverschiebung gegenüber bisherigen Konsultationen ergibt sich neben der ökumenischen Ausrichtung auch in Hinblick auf den Prozeßverlauf. Beim „Projekt Sozialwort“ beginnen die christlichen Kirchen bei sich selbst: In der ersten Phase sind soziale kirchliche Initiativen und Einrichtungen aufgerufen, ihre Praxis kritisch zu reflektieren und daraus Forderungen an Kirchen(-leitungen), Gesellschaft und Politik zu formulieren. Erst dann werden diese Grundpositionen einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt.

Von September 2000 bis März 2001 trafen ca. 550 Einsendungen aus allen Kirchen im Koordinationsbüro der ksoe ein, davon kommen 67 von österreichweit agierenden sozialen Organisationen. Beteiligt haben sich große und kleine soziale Initiativen und Einrichtungen, die auf den verschiedensten Gebieten tätig sind: Armut/soziale Ausgrenzung, Eine Welt, Gesundheitswesen, Flüchtlingsbetreuung, Pfarrcaritas, Schuldnerberatung usw. Zu den Fragen zählen: Was tun die Kirchen auf sozialem Gebiet, welche Veränderungswünsche sollten an die Kirchenleitungen herangetragen werden, welche Forderungen sind an Politik und Gesellschaft zu richten?

Einige Schlußfolgerungen aus der bisherigen Auswertung: Die sozialen Initiativen und Einrichtungen der Kirchen verstehen sich nicht als Lückenbüßer für Defizite staatlicher Sozialpolitik. Vielmehr fordern sie ein, was der Staat zu leisten habe. Tatsächlich übernehmen sie aber viele Aufgaben, die eigentlich die öffentliche Hand wahrnehmen sollte. Sie befürchten einen fortschreitenden Sozialabbau und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft und damit einen Verlust an Solidarität. Soziales Engagement hat seinen Platz auch in vielen Pfarreien, wo es auch

zum religiösen Leben gehört: Zusehends findet es aber immer weniger Raum. Im Jahr der Freiwilligenarbeit stellen die meisten sozialen Initiativen und Einrichtungen fest, daß dem Ehrenamt eine wesentliche Aufgabe zukommt. Kritisch wird bemerkt, daß das Ehrenamt hauptsächlich von Frauen getragen wird und teilweise ein eklatanter Mangel an Freiwilligen besteht. Soziale Initiativen und Einrichtungen fordern keine Sonderrolle vom Staat, sehr wohl jedoch, daß die Regierung die NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure ernst nimmt und besser einbindet. Vielfach wünschen sich soziale Initiativen und Einrichtungen mehr an ideeller, aber auch finanzieller Unterstützung durch die Kirchen(-leitungen). Caritas oder Diakonie ist eine der ureigensten Aufgaben der Kirchen und kann nicht nur an professionelle große Verbände delegiert werden. Den vielen kleinen sozialen Initiativen und Einrichtungen ist der Rücken zu stärken.

Die bisherige Auswertung der Einsendungen zeigt die Sinnhaftigkeit einer „Standortbestimmung“ der sozialen Praxis der Kirchen. Nicht nur wird deutlich, welche Aufgaben kirchliche soziale Initiativen und Einrichtungen bereits jetzt wahrnehmen, sondern auch, welcher konkrete Handlungsbedarf besteht. Viele Fragen wurden freilich schon 1990 aufgegriffen. Doch heute – mehr als zehn Jahre später – haben sich verschiedene Probleme verschärft (Generationenfrage, Pensionen); neue sind dazugekommen (verstärkte Flexibilisierung, soziale Auswirkungen der Sparpakete, neue Armut).

Um so manche soziale Fragen ist es heute in der öffentlichen Diskussion ruhiger geworden, die Probleme sind aber geblieben. Man denke etwa an die Situation von Gefangenen oder Langzeitarbeitslosen. Innerkirchlich gab es viele Veränderungen: Durch die knappen finanziellen Ressourcen der größeren Kirchen wurde bei vielen sozialen Aufgaben eingespart. Der Blick auf die sozialen Herausforderungen wurde durch die Beteiligung von 14 – ganz verschiedenen – christlichen Kirchen in Österreich erweitert. Gerade die Ostkirchen verstehen sich als Kirchen in der „Diaspora“ und sind noch viel unmittelbarer mit Fragen von Migration und Flüchtlingsschicksalen, aber auch Fremdenfeindlichkeit konfrontiert.

In einer modernen und pluralen Gesellschaft ist es unabdingbar, daß die Kirchen das eigene Tun zur Diskussion stellen, die eigenen Vorstellungen und Werte in die öffentliche Auseinandersetzung einbringen. In der zweiten Phase des Projekts (ab Herbst 2001) werden die Kirchen genau das umsetzen: Sie stellen ihre Erfahrungen zur Verfügung, lassen sich kritisch anfragen und fordern zu einer Diskussion über die sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen auf.

Der „Sozialbericht“ der Kirchen dient daher der Auseinandersetzung um die Entwicklung in Wirtschaft und Politik, Staat und Zivilgesellschaft sowie dem Gespräch der kirchlichen Initiativen und Einrichtungen mit ihren konkreten Aktionspartnern und der Neuorientierung der kirchlichen Praxis im gesellschaftlichen Kontext.

Entgegen dem Bonmot „Die Kirche hat die Antwort, was aber war die Frage?“ ist es Aufgabe von Kirchen in der Zivilgesellschaft, Prozesse zu initiieren, die auf Diskussion und Verständigung abzielen. Mit den Fragen und Anliegen, die die kirchliche Basis im „Sozialbericht“ formuliert, soll nun das Gespräch gesucht werden. Akteur in der Zivilgesellschaft zu sein, erfordert vor allem Kommunikation. Es erfordert eine Nähe zu den Menschen, eine Kenntnis ihrer Fragen, Wünsche, Ängste, Leiden, Bedürfnisse, Hoffnungen und Sehnsüchte.

In einer modernen Gesellschaft müssen die Kirchen Mediatoren sein und Plattformen zur Verfügung stellen. Gleichzeitig haben sie aber auch Argumente, Diskussionsstoff, Inhalte anzubieten. Die jüngste Konsultation der Kirchen in Österreich gemeinsam mit dem Parlament zum Thema „Europa“ bot dafür ein gutes aktuelles Beispiel. Die Kirchen haben gesellschaftlich etwas zu sagen! Diese Aussage ist in Österreich schon längst nicht mehr selbstverständlich.

Durch ihre Arbeit mit armen Menschen etwa erlangen die Kirchen „lebensweltliches“ Wissen über die konkreten Folgen von wirtschaftlichen oder politischen Strukturen. Dieses Wissen können sie nutzen, um auf diese Folgen auch konkret öffentlich aufmerksam zu machen, wie dies von vielen sozialen Initiativen und Ein-

richtungen geschieht: Sie übersetzen konkrete Notlagen in eine Sprache, die Öffentlichkeit und Politik auch zum Handeln bewegt. Öffentliche Debatten über soziale Themen können durch diesen Praxisbezug bereichert werden.

Kirchen haben außerdem den Vorteil, nicht nach Berufsgruppen oder Interessensgruppen zusammengesetzt zu sein. Sie können dadurch mitwirken, daß die Gesellschaft nicht nur vertikal, innerhalb bestimmter Gruppen integriert wird, sondern auch horizontal und damit gruppenübergreifend.

Eine jüngst vorgestellte Studie über Kirchen und Zivilgesellschaft („Handeln die Kirchen in Österreich zivilgesellschaftlich?“) zeigt unerwartete Potentiale und spezifische Beiträge der Kirchen für zivilgesellschaftliches Handeln auf. Vielfach werden diese Potentiale noch nicht voll genutzt.

In letzter Zeit ist es den Kirchen in Österreich nur unwesentlich gelungen, ihre Potentiale auszuschöpfen. Nach dem Erfolg des „Sozialhirtenbriefs“ hat sich insbesondere die katholische Kirche in Österreich kein besonders gutes Image erworben. Dadurch ist eine gewisse Paralyse entstanden. Die Sozialethikerin Ingeborg Gabriel hat für die österreichische Diskussion auf das unglückliche Verhältnis von Kirche und Politik hingewiesen: Es gebe in der katholischen Kirche eine allzugroße Sorge, zu politisch zu sein. Sorgen müsse sich die Kirche aber vielmehr, daß sie zu unpolitisch agiert.

Das „Projekt Sozialwort“ will innerkirchliche Schwierigkeiten und Probleme, die mitschuldig an dieser Lähmung sind, nicht kaschieren. Wenn gleich das Projekt nicht nur auf den innerkirchlichen Raum abzielt, ist dennoch der eigene Bereich nicht auszublenden, wenn es um soziale Fragen geht. Das „Sozialwort“ soll schließlich auch eine Selbstverpflichtung der Kirchen beinhalten.

In der öffentlichen Diskussion wird es daher unverzichtbar sein, daß die Kirchen auch ihre eigenen Schwächen und Schwierigkeiten eingestehen. Anstatt sich abzuschotten, müssen sie sich öffnen, nur dann kann der Prozeß der offenen Diskussion gelingen.

Der evangelische Theologe Kurt Lüthi fordert von den Kirchen einen „Blick nach unten“: Kirche könne nicht „nichts mit Politik“ zu tun haben. Auch politische Abstinenz sei eine Stellungnahme, meist eine Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen. Eine „Kultur der Solidarität“ fordert daher Anwaltschaft für gesellschaftlich ausgegrenzte Gruppen wie Asylwerber, Migranten und Arme. Daher braucht es nach Lüthi den Blick „nach unten“: Es sind die nach ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung Schwachen und dadurch Bedrohten, es sind die Armen, für die es sich vorzugsweise einzusetzen gilt. Mit dem Diskussionsprozeß des „Sozialworts“ soll die Aufmerksamkeit auf diejenigen gelenkt werden, deren Stimme gemeinhin leise ist.

Markus Blümel – Andreas Schermann SJ

Mitterrands Großbauten – Staatsarchitektur als Herrschaftszeichen

Frankreich gedachte im Mai 2001 des Amtsantritts von François Mitterrand vor 20 Jahren. Er schuf als Präsident der französischen Republik ein Ensemble von aussagekräftigen Bauten, die nicht nur das Stadtbild von Paris dauerhaft prägen, sondern auch Grundtendenzen des republikanischen Staatswesens deutlich machen.

Die Elemente der Ersten Republik von 1792, Zentralismus und Laizismus, finden sich nach zwei Jahrhunderten auch in der heutigen

Fünften Republik. Charles de Gaulle ließ diese 1958 geschaffene Regierungsform mit fast monarchischen Vollmachten ausstatten. Mitterrand verlieh diesen Vollmachten sichtbaren Ausdruck durch die Bauaufträge seiner vierzehnjährigen Amtszeit (1981-1995).

Die Erste Republik ersetzte das absolutistische Königtum und hatte damit das doppelte Vakuum einer altherwürdigen Staatsform und einer Staatsreligion zu füllen. Der atheistische Staat war gezwungen, eigene Traditionen zu